AfD-Bundesparteitag: Ein Hauch von Weimar weht morgen durch Köln

600 Delegierte, zehntausende Demonstranten, hunderte „gewaltbereite“ Linksextremisten und 4.000 Polizisten – das sind die Mannschaftsaufstellungen für den Bundesparteitag der AfD morgen in Köln. Zahlen, die einer genaueren Betrachtung wert sind. Die Alternative für Deutschland ist inzwischen in der Mehrzahl der deutschen Landtage vertreten, ebenso – wenn auch stark geschrumpft durch die bei rechtskonservativen üblichen Zankereien – im EU-Parlament. Millionen Deutsche haben der neuen Partei inzwischen in Wahlkabinen ihre Stimme gegeben. Glaubt man den Demoskopen, dann weniger aus Begeisterung für die Neuen denn aus Enttäuschung über die etablierten Parteien, die man in diesen Milieurs gern „Altparteien“ nennt. Hätten Union, SPD und FDP überzeugende Antworten auf den fahrlässigen unkontrollierten Massenzuzug von Menschen aus dem islamischen Kulturkreis geben können, gäbe es die AfD heute wahrscheinlich gar nicht.

Aber nun ist sie da, inzwischen eine feste Größe im politischen Betrieb unseres Landes. Ihre Spitzenköpfe kennt man, einige sagen Kluges, einige Unsinniges – so, wie die Politiker anderer Parteien auch. Und nun ist Bundesparteitag in Köln, ein Parteitag, der formal auch ein Programm für die Bundestagswahl beschließen wird, der aber besonderes Interesse durch die Personalquerelen und die überraschende Verweigerung Frauke Petrys, für eine Spitzenkandidatur zur Verfügung zu stehen, finden wird. Und wegen der zu erwartenden Szenen auf den Straßen der Domstadt.

In einem Park wird eine große und – das betont der WDR nahezu stündlich – friedliche „Demonstration“ stattfinden. Erwartet werden 25.000 Teilnehmer. Um ihrer tiefen Besorgnis über den Rechtskurs Ausdruck zu verleihen, treten nahezu alle Größen des Kölner Karnevals auf „Wat wiess un rut es dat es kölsch – Wat kölsch es es och jot – Für Funke un de Südkurv heiß et oberste Jebot…“ gegen Rechts natürlich! Und Kölsch wird auch in Strömen fließen, hoffentlich scheint die Sonne. Dann drehen sie Kölschen richtig auf. So macht man das traditionell in der Rhein-Metropole. Karneval und Kölsch, da simma dabei – und kann hinterher behaupten, das Happening mit Saufen sei wieder eine eindrucksvoller Beleg des Engagements der Zivilgesellschaft gegen rechte Umtriebe gewesen.

Wegen des erneuten Terroranschlags gestern Abend in Paris wird heute hierzulande niemand demonstrieren. Und gegen die von den Sicherheitskräften erwarteten Gewalttäter aus dem linksextremen Milieu auch nicht. Diese Leute reisen ab heute aus allen Teilen der Bundesrepublik an. Würde mich nicht wundern, wenn manche Busreise der Gewalttäer mit unser aller Steuermitteln mitfinanziert sind. Die Landesregierung von Thüringen hat offiziell bestätigt, dass sie in den vergangenen Jahren rund 40.000 Steuer-Euros für die Bezuschussung von Demos „gegen Rechts“ aufgewendet hat. „Antifaschisten“ nennen sich diese Leute, die den Nazihorden der 30er Jahre in der Weimarer Republik ähnlicher sind als alle anderen. Sie sind diejenigen, die Gewalt ausüben, nicht die AfD. Aber unsere sogenannte „Zivilgesellschaft“ demonstriert gegen die AfD und lässt den linken Mob wohlwollend gewähren. Spitzenkandidaten von CDU, SPD, FDP und Grünen, die eine Menschenkette rund ums Tagungshotel bilden – nicht, weil sie die AfD mögen, sondern weil sie Redefreiheit und Demokratie in unserem Rechtsstaat verteidigen wollen, das wäre ein Foto, das um die Welt geht. Aber wir werden es nicht sehen,

denn diese Politiker stehen heute irgendwo in einer Fußgängerzone und verteilen bunte Blättchen und Kugelschreiber.

Ach ja, Parteitag ist ja auch noch…oder sollten wir „Wagenburg“ sagen? Das „Maritim“-Hotel in Köln wird morgen einer Festung gleichen, abgesperrt mit Mannschaftswagen, gesichert von Hundertschaften grimmig guckender Einsatzbereitschaften der Polizei. Wasserwerfer stehen bereit, der Polizeipräsident verspricht „hartes Durchgreifen“. Hoffen wir das alles gut ausgeht.

Ach übrigens: Jörg Meuthen unterstützt Alexander Gauland als Mitglied des Spitzenteams der AfD für die Bundestagswahl.